

Haushaltsrede 2026 – Einzelvertreter RM Holmer Milar

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Nowicki,
sehr geehrte Frau Kämmerin Merx,

sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung und des Rates,
sehr geehrte Damen und Herren der Presse und insbesondere
liebe interessierte Bürgerinnen und Bürger:

Die Lage ist ernst – darüber besteht hier kein Streit.

Wir haben ein strukturelles Defizit, steigende Belastungen und
gleichzeitig nur begrenzte Handlungsspielräume.

Und ich möchte ausdrücklich betonen:

Es ist erkennbar und positiv festzustellen, dass Verwaltung und Politik intensiv an diesem Haushalt gearbeitet haben. Hierfür meinen ausdrücklichen Dank an unsere Kämmerin Frau Merx und ihr gesamtes Team – aber auch an die gesamte Verwaltung und die Politik.

Der Haushaltsentwurf, die Beratungen und **insbesondere auch der Veränderungsnachweis** zeigen:

Es wurde geprüft, gestrichen, verschoben, Einsparungen wurden realisiert und Einnahmen verbessert.

Das ist richtig. Und das ist notwendig.

Und dennoch zeigt ein Blick auf den Ergebnis- und Finanzplan etwas sehr Zentrales:

Die grundlegende Struktur hat sich nicht verändert.

Wir planen weiterhin mit einem deutlichen Defizit, wir greifen auf Rücklagen zurück, und wir finanzieren Investitionen weiterhin über Kredite.

Der Haushalt trägt sich nicht selbst.

Und genau an dieser Stelle stellt sich für mich die entscheidende Frage:

Wir haben viele richtige Einzelmaßnahmen – aber sie verändern das Grundproblem nicht. Reichen die vielen Einzelmaßnahmen oder fehlt uns der übergeordnete Rahmen?

Wenn man sich die Vorschläge im Detail anschaut, erkennt man, dass jede Fraktion ihren eigenen Ansatz verfolgt:

- Die CDU setzt klare Einsparschwerpunkte,
- die SPD verbindet Konsolidierung mit gezielten Investitionen,
- die Grünen stärken die Einnahmeseite,
- und auch die Anträge von Vereinen und Verbänden sind nachvollziehbar und gesellschaftlich wichtig.

Jeder dieser Ansätze und Veränderungsanträge hat für sich genommen eine eigene Logik und damit seine Berechtigung.

Aber in der Gesamtschau entsteht für mich ein anderes Bild:

Diese Ansätze greifen nicht oder nur sehr begrenzt ineinander.

Sie ergeben noch kein durchgängiges Gesamtkonzept.

Und genau das zeigt sich im Ergebnis:

Und genau deshalb bleibt trotz aller Anstrengungen das strukturelle Defizit bestehen.

Ich möchte das an einem Beispiel verdeutlichen, das sich aus den vorliegenden Unterlagen ergibt:

Im Zusammenhang mit dem Marktquartier stehen Investitionsentscheidungen in einer Größenordnung von rund 11 bis 12 Millionen Euro im Raum – u.a. für Grundstücksankäufe und Miteigentumsanteile.

Mir geht es dabei ausdrücklich nicht um eine einzelne Maßnahme, sondern um die grundsätzliche Frage der Prioritätensetzung.

Denn diese Entscheidung wirkt nicht nur einmalig – es ist keine einmalige Investition.

Es bedeutet dauerhaft Zinsen, Abschreibungen und laufende Kosten – in einer Größenordnung von bis zu rund einer Million Euro jährlich.

Und auch vor dem Hintergrund der seit Jahren brach liegenden Fläche im Herzen unserer Stadt muss man die Frage stellen: Ist eine solche Maßnahme in der aktuellen finanziellen Lage wirklich prioritär und alternativlos?

Ich könnte auch andere größere Projekte nennen, die alle mit sehr guten Dringlichkeits- und Rechtsargumenten oder wirtschaftlicher Alternativlosigkeit vorangetrieben werden bzw. wurden, und wo man als Beteiligter bei der Beschlussfassung arge Bauchschmerzen hatte.

Denn eines ist ebenso klar:

Der Verzicht auf eine solche Entscheidung hätte eine größere Wirkung als viele kleinere Einsparmaßnahmen zusammen.

Und damit bin ich bei dem, was ich für den Kern halte:

Wir brauchen klare Prioritäten – nicht nur viele Einzelentscheidungen.

Und ich will offen sagen:

Gerade diese Priorisierung fällt nicht immer leicht.

Persönliche Bauchschmerzen habe ich beispielsweise bei der diskutierten Abschaffung des City-Tickets.

Natürlich bringen solche Maßnahmen Einsparungen.

Gleichzeitig treffen sie aber unter Umständen gerade diejenigen, die auf einen günstigen öffentlichen Nahverkehr besonders angewiesen sind.

Der Verweis auf digitale Alternativen hilft dabei nicht immer weiter, weil eben nicht jeder selbstverständlich über Smartphone, App und die nötige Sicherheit im Umgang damit verfügt.

Genau deshalb zeigt dieses Beispiel:

Haushaltskonsolidierung ist nicht nur eine Rechenaufgabe – sondern immer auch eine soziale Abwägung.

Und ich gebe die Hoffnung nicht auf, dass sich an dieser Stelle vielleicht doch noch etwas verändert.

Wir haben im Februar bereits einen wichtigen Schritt gemacht und auf der Grundlage eines CDU-Antrags mit Ergänzung durch die SPD einen Beschluss gefasst, der in der Hauptsache Konsolidierung, Aufgabenkritik, Prozessoptimierung und Effizienzsteigerung zum Inhalt hatte.

Das war richtig.

Aber:

- **Die Einsparbemühungen auf Seiten der Verwaltung und der Politik sind erkennbar auf den Weg gebracht worden. Dennoch bleibt vieles bislang noch ein Prüfauftrag und erst in Teilen konkrete Umsetzung.**
- **Prüfen allein spart noch kein Geld.**
- **Erst Umsetzung schafft Wirkung.**

Und genau hier möchte ich einen weiteren Gedanken einbringen, der mir persönlich wichtig ist.

Aus meiner beruflichen Erfahrung im Bereich Führung und Prozessoptimierung weiß ich:

In Organisationen steckt oft sehr viel Wissen darüber, wo Dinge nicht rund laufen – und wie sie besser laufen könnten.

Vor etwa 25 Jahren sagte der damalige CEO von Siemens, Heinrich von Pierer: „Wenn Siemens wüsste, was Siemens weiß!“ Damit wollte er zum Ausdruck bringen, dass Siemens so viele kompetente Mitarbeiter hatte und dass sicher die Kompetenz für die Lösung sehr vieler Probleme, Abläufe und Innovationsfragen vorhanden war.

Deshalb ist es richtig und notwendig, die Mitarbeiter einzubeziehen.

Gleichzeitig zeigt die Erfahrung aber auch: Veränderungen sind nicht immer bequem und stoßen naturgemäß auf Zurückhaltung.

Deshalb reicht es nicht, nur nach innen zu schauen.

Es braucht auch den Blick von außen und den MUT, beides miteinander zu verbinden.

Eine strukturierte Analyse von Abläufen – gemeinsam mit den Mitarbeitern, aber auch mit externer Unterstützung.

Nicht gegen die Verwaltung, sondern mit ihr. Mit dem Ziel, Prozesse effizienter, klarer und **am Ende auch bürgerfreundlicher** zu gestalten.

Denn genau dort liegen oft die größten, bislang ungenutzten Potenziale.

Deshalb sehe ich drei zentrale Punkte:

Erstens: eine klare und verbindliche Priorisierung aller größeren Investitionen – mit der Unterscheidung: zwingend, notwendig oder verschiebbar.

Zweitens: klare Kosten- und Zeitkorridore bei Projekten – und die Pflicht, bei Überschreitungen politisch **neu zu entscheiden**.

Drittens: eine systematische Verbesserung unserer Abläufe – damit wir vorhandene Ressourcen effizienter einsetzen.

Denn:

Ohne diese Steuerung wird jeder Stellenstopp zum Risiko und jede Einsparung zur Überlastung.

Und genau an dieser Stelle komme ich zu dem Punkt, der mir besonders wichtig ist:

Wenn wir von einem Gesamtkonzept sprechen, dann braucht dieses Konzept auch klare Verantwortung.

Nach meinem Verständnis liegt diese Verantwortung auf zwei Ebenen:

Zum einen beim Bürgermeister als Leiter der Verwaltung, der die organisatorischen und strukturellen Voraussetzungen schaffen muss und

zum anderen bei den Ratsmitgliedern und insbesondere den Fraktionsvorsitzenden, die für die politische Steuerung und die Prioritätensetzung stehen.

Nur wenn Verwaltung und die Politik hier gemeinsam handeln, kann aus vielen Einzelmaßnahmen ein tragfähiges Gesamtkonzept entstehen.

Vielleicht bin ich zu gutgläubig, aber ich habe den Eindruck, dass gerade jetzt nach der Kommunalwahl 2025 und damit verbundenen veränderten Rahmenbedingungen hier im Rat und in der Verwaltung der dazu günstigste Zeitpunkt ist, den wir nicht verpassen sollten.

Und damit komme ich zu meinem letzten Punkt, der viele Bürger besonders bewegt:

Die Grundsteuer.

Wir haben bereits eine erhebliche Erhöhung hinter uns. Und gleichzeitig wird über weitere Schritte gesprochen.

Ich halte das für zu einfach.

Nicht, weil zusätzliche Einnahmen grundsätzlich ausgeschlossen sind – sondern weil die Reihenfolge entscheidend ist.

Erst müssen **W I R zeigen, dass wir unsere eigenen Prioritäten im Griff haben. Und erst danach kann man verantwortbar über weitere Belastungen sprechen.**

Die Grundsteuer darf nicht der erste Schritt sein – sondern der letzte.

Und ich sage auch ganz deutlich:

Ohne ein klares Gesamtkonzept werden die ab 2027 angedachten Grundsteuererhöhungen nicht die letzten bleiben.

Deshalb mein Fazit:

- weniger Einzelentscheidungen,
- mehr klare Prioritäten,
- mehr Steuerung von Anfang an.

Oder anders gesagt:

Wir haben kein Erkenntnisproblem – wir brauchen ein konsequentes Gesamtkonzept und dessen Umsetzung.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren

Ich bin trotz aller angesprochenen Kritikpunkte bereit, diesem Haushalt eine Chance zu geben und ich werde heute zustimmen.

Nicht, weil ich die Probleme kleiner sehe als sie sind.

Sondern weil ich im Verlauf der letzten Monate – auch in vielen Gesprächen über Fraktionsgrenzen hinweg – den Eindruck gewonnen habe, dass das Problembewusstsein inzwischen vorhanden – ja deutlich gewachsen ist und der Wille erkennbar wird, die notwendigen strukturellen Veränderungen tatsächlich anzugehen.

Diese Zustimmung ist für mich deshalb kein Freibrief, sondern ein Vertrauensvorschuss.

Entscheidend wird sein, ob es gelingt, aus vielen Einzelmaßnahmen tatsächlich ein tragfähiges Gesamtkonzept zu entwickeln und dieses dann auch konsequent umzusetzen. Denn genau daran werden wir uns in den kommenden Jahren messen lassen müssen.

Vielen Dank.